

presse

AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Stoppt die Spekulation mit Nahrungsmitteln

*Anlässlich zunehmender Spekulationen mit Nahrungsmitteln erklärt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Matthias Miersch**:*

Haben wir nichts aus der Finanzkrise von 2008 gelernt? Nachdem der Kollaps der Weltwirtschaft gerade noch abgewendet werden konnte, haben sich die Finanzakteure mittlerweile neue Betätigungsfelder gesucht. Nahrungsmittel spielen dabei eine immer größere Rolle. Hier werden mit grundlegenden Bedürfnissen der Menschheit mittlerweile einträgliche Geschäfte gemacht. Es gilt jetzt nicht nur, enorme Gewinnmargen durch Patente auf Lebewesen zu verhindern, es muss insgesamt politisch umgesteuert werden. Durch Spekulationswellen an Warenterminbörsen steigen die Preise von Grundnahrungsmitteln wie Weizen und Reis in exorbitante Höhen, was Hungersnöte in ärmeren Ländern zur Folge hat. Spekulationen mit den Grundbedürfnissen der Menschheit muss ein Riegel vorgeschoben werden. Warenterminbörsen müssen stärker kontrolliert werden.

Offenkundig sind Hedge-Fonds und andere Akteure dabei, im Nachgang der Finanzkrise stärker mit Nahrungsmitteln zu spekulieren. 2009 stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel in wenigen Monaten um 67 Prozent an, weil Spekulanten gezielt die Preise hochgetrieben haben. Die Grundbedürfnisse der Menschen werden hemmungslos für kurzfristige Gewinne ausgenutzt. Mit einer verantwortungsbewussten und vor allem nachhaltigen Ökonomie hat das nichts mehr zu tun. Die Strukturen der internationalen Finanzmärkte fördern diese Fehlentwicklungen systematisch und verursachen damit nicht nur Wirtschaftskrisen, sondern auch Verteilungskonflikte und Hunger-Katastrophen.

Um möglichst hohe Renditen erzielen zu können, werden Knappheiten künstlich erschaffen und danach gewinnträchtig ausgenutzt. Dafür die Grundbedürfnisse der Menschen auszubeuten ist nicht nur eine morali-

sche Bankrotterklärung, sondern wird auch die ökologischen und sozialen Krisen weiter verschärfen. Deshalb muss die Politik heute handeln. Die Bundesregierung scheint dazu nicht in der Lage zu sein und macht sich damit mitschuldig an der Not der Menschen.